

EIDGENOESSISCHES POLITISCHES  
DEPARTEMENT

Bern, den 4. November 1976

HT/au

Notiz an den GeneralsekretärBericht über meinen Aufenthalt in Den Haag vom 1. November 1976

Während der Arbeitszusammenkünfte im Aussenministerium hatte ich Gelegenheit zu einer kurzen Aussprache mit Herrn Aussenminister van der Stoel, einem etwa dreistündigen Gespräch über KSZE (getrennte Notiz) sowie Unterredungen mit dem Direktor für Europafragen und dem stellvertretenden Leiter der Europaratsabteilung. Beim Mittagessen, das von den Holländern veranstaltet wurde, traf ich ausserdem Herrn Rutten, Generaldirektor für politische Fragen. In der Residenz des Schweizer Botschafters boten sich beim Nachtessen Gelegenheit zu weiteren Gesprächen mit diesen Beamten sowie mit Herrn Kooijmans, Staatssekretär im MAE, Herrn Italianer, Generaldirektor für europäische Zusammenarbeit und Herrn de Grooth, Generaldirektor für wirtschaftliche Fragen im MAE.

Der Höflichkeitsbesuch bei Aussenminister von der Stoel diente vor allem einem kurzen Gedankenaustausch zu Europaratsfragen. Der holländische Aussenminister betonte, dass er gerade beim heutigen, allgemein unbefriedigenden Stand der EG die Kontaktmöglichkeiten des Europarates besonders auf Ministerebene als wichtig erachte. Deshalb hätte er auch, wann immer es ihm möglich gewesen sei, darauf geachtet, an den Ministerkomitees zugegen zu sein und bedaure, dass seine Kollegen besonders aus den EG-Ländern oft abwesend seien. Er beabsichtige Ende Januar zum Ministerkomitee nach Strassburg zu reisen. Herr van der Stoel nahm im übrigen die von Herrn Botschafter Fischli übermittelte Einladung zu einem Besuch in Bern im Laufe des kommenden Jahres prinzipiell an, wobei er darauf hinwies, dass ihn die Wahlkampagne in den ersten fünf Monaten 1977 zwingen werde wenn immer möglich in Holland zu bleiben. Im Frühjahr könnten Sondierungen zwischen



Bern und Den Haag zur Festsetzung eines Besuchstermins stattfinden.

Im Laufe des Gesprächs im Aussenministerium und an den Einladungen kamen folgende Themen zur Diskussion:

Europäische Konferenz über das humanitäre Kriegsvölkerrecht (CDDH)

Während Herr van der Stoel durchaus der Meinung ist, die Konvention müsse bei der nächsten Session unter Dach gebracht werden, sofern überhaupt Aussicht auf Erfolg bestehe, drückte Staatssekretär Kooijmans, der sein Land mehrmals bei den CDDH-Zusammenkünften vertrat, eine merklich skeptischere Haltung aus. Er fragte, ob es sich bei uns um einen Grundsatzentscheid handle, die Konferenz nach der nächstjährigen Zusammenkunft abzubrechen. Ich antwortete ihm, es erscheine uns unerlässlich, endlich zu konkreten Erfolgen zu gelangen; in dem sich immer mehr verwischenden Unterschied zwischen Angehörigen der Truppen und Zivilpersonen einerseits und der schwierigen Frage des Schutzes aller Kriegführenden auch in bürgerkriegsähnlichen Situationen müsse im Interesse aller Parteien Klarheit geschaffen werden. Staatssekretär Kooijmans erachtet die Erfolgsaussichten der Konferenz als gering; die Staaten der Dritten Welt werden in absehbarer Zeit nicht bereit sein, Regimegegnern und Sezessionisten einen Rechtsstatus zuzuerkennen. Als ich betonte, dass wir dem holländischen Vorschlag betreffend Fallen und Minen grosses Interesse schenken, meinte Kooijmans wiederum, dass kaum reelle Aussicht bestehe, dieses Projekt zu verwirklichen. Er war jedoch der Auffassung, dass eine Kontaktnahme zwischen uns und ihm resp. den zuständigen Juristen des MAE vor der nächstjährigen Konferenz wichtig wäre.

Europapolitik

Im Gespräch mit Herrn Italianer und Herrn Polak zeigt es sich, dass die Holländer zweifellos viele ihrer Illusionen über die Zukunft der Gemeinschaft verloren haben. Besonders das Gespräch mit Herrn Italianer bestätigte die Auffassung Herrn



Botschafter Fischlis, dass von der bekannten Formel Pompidous über die Zukunft der Gemeinschaft auch für Holland nur noch die "Erweiterung" Gültigkeit habe. Die Hoffnungen auf eine Verstärkung und einen Ausbau der Gemeinschaft scheinen weitgehend fallengelassen worden zu sein. Ziel der Europapolitik ist schliesslich nur noch die Schaffung eines grossen gemeinsamen Marktes, in dem selbst die kürzlich noch als so wichtig erachteten Errungenschaften der gemeinsamen Landwirtschaftspolitik als Einigungsaktor eine geringe Rolle spielen.

Gewisse politische Ueberlegungen werden jedoch weiterhin auch bei der Erweiterung angestellt, so blickt man der zukünftigen Mitgliedschaft Griechenlands mit Gleichmut entgegen, während man das Aufnahmegesuch Spaniens weiterhin als politisch nicht opportun erachtet.

#### Europarat

Herr Bijl und sein für wissenschaftliche Fragen zuständiger Kollege (ESA) empfingen mich in Abwesenheit von Herrn Kruyt. Holland teilt unsere Auffassung, dass die Verhandlungen über die "convention européenne sur le statut juridique des travailleurs migrants" weitgehend festgefahren sind und die Annahme der Konvention entweder durch ein italienisches Veto verhindert wird oder ihre Inkraftsetzung dadurch erschwert, dass die Immigrationsländer von einer Ratifizierung absehen.

Mit Bezug auf die "convention européenne pour la répression du terrorisme" wurde offen zugegeben, dass grundlegende Unterschiede zwischen dem niederländischen Justiz- und Aussenministerium bestehen. Ersteres teilt durchaus die schweizerischen Bedenken gegen das holländische Vorgehen an der letzten Tagung des Ministerkomitees auf Stellvertreterebene. Das Aussenministerium ist indes der Auffassung, dass die gegenwärtige Haltung rein taktische Bedeutung hätte, man wolle abwarten, ob die Vorschläge der Bundesrepublik Deutschland (Abschluss eines gentlemen agreements) der durch die französischen Abänderungsanträge zu Art. 13 ihres Ge-



haltes weitgehend entleerten Konvention neue Substanz zu vermitteln vermöchten.

Der Vorschlag Genschers in den Vereinten Nationen wird im Haag hingegen als innenpolitisches Manöver bewertet. Nach letzten Informationen soll die Zahl von Mitunterzeichnern des deutschen Resolutionentwurfes von 30 auf 12 zusammenschmolzen sein. Auf jeden Fall schliesst Bijl aus, dass Frankreich den genauen Inhalt seiner Vorbehalte vor dem Abschluss der Konvention bekanntgeben würde.

#### Sozialcharta

Hier hat sich die holländische Haltung nicht geändert. Für sie bleibt das bestehende Streikverbot für Beamte, als solche gelten im Haag auch Soldaten, der hauptsächliche Grund für das Abseitsstehen.

#### Fond de rétablissement

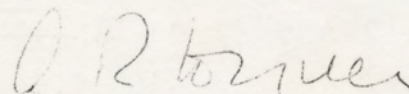
Ein Beitritt zum Fond, eventuell im kommenden Jahr, ist augenblicklich Gegenstand einer Ueberprüfung unter den interessierten Ministerien, wobei eine eher positive Gesamthaltung vorherrschen scheint, oder wie sich Herr Bijl ausdrückte, "das negative Vorurteil deutlich abgebaut wurde". Festzulegen ist noch, welches Ministerium für diese Angelegenheit zuständig und aus wessen Budget die zusätzlichen Ausgaben gehen würden.

#### Ministerkonferenz ESA

Hier teilen die holländischen Behörden unsere Bedenken. Auch sie befürchten, dass durch einen Budgetabschluss auf der Ebene der Minister die ohnedies unsichere weitere Entwicklung der ESA verzögert, behindert und allzusehr politischen Erwägungen

- 5 -

unterworfen werden könnte. Aehnliche und ebenso unerfreuliche Tendenzen sind im übrigen auch bei Euratom zu erwarten.



A. Hegner

Geht an:

- Herrn Botschafter R. Bindschedler
  - die Völkerrechtsdirektion
  - die Direktion für internationale Organisationen
  - Frau Minister F. Pometta
  - das Integrationsbüro EPD/EVD
- S 5. Nov. 76 17
- Schweizerische Botschaft in Den Haag
  - Ständiger Vertreter der Schweiz beim Europarat in Strassburg
  - Bureau des Schweizerischen Beobachters bei der UNO in New York
  - Schweizerische Mission, Brüssel

MY/CA/VL/TR/RK/NF/WA/CE